

da die Arbeiterschaft bereit steht, den Beamten zur Seite zu stehen. Gerade an diesem empfindlichsten Punkt aber haben die Repressalien der Regierung begonnen.

Zunächst wurde das Disziplinarverfahren gegen sieben Beamte eingeleitet, die in Versammlungen ihre Kollegen zur gewerkschaftlichen Organisation aufgefordert hatten. Unter den Fragen, die ihnen vorgelegt wurden, waren z. B. folgende: „Haben Sie das Wort ergriffen, um ein Einvernehmen mit den Arbeiterorganisationen zur Veranstaltung und pekuniären Sicherung von Versammlungen am 1. Mai zu empfehlen? Geben Sie zu, für die Einigung der Staatsarbeiter mit denen der Privatindustrie eingetreten zu sein? Haben Sie die Herren Briand und Clemenceau für Renegaten erklärt? Haben Sie in Rouen heftige Kritiken gegen die Regierung, das Parlament und die Verwaltung gerichtet? Erkennen Sie an, einer Beamtenversammlung in der Pariser Arbeitsbörse beigewohnt zu haben, wo die Herren Votot und Patous den Antimilitarismus und den Antipatriotismus verkündeten?“ usw.

Die vorgeladenen Beamten verweigerten mit Zug und Recht die Antwort auf diese Fragen, die sich nicht auf ihr dienstliches Verhalten, sondern auf die Art der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte bezogen. Sie werden auch am 8. Mai in der gegen sie beim Disziplinarat angeführten Verhandlung überhaupt nicht erscheinen. Daß der in der überwiegenden Mehrheit aus Oberbeamten zusammengesetzte Disziplinarat sie schuldig sprechen wird, ist vorauszusetzen. Aber auch über einen Freispruch kann die Regierung hinweggehen. So hat Briand seinerzeit die Lehrermäßigungen gegen die Entscheidung des Disziplinarats verfügt. Daß die Beamtenschaft ihre Kollegen indes nicht im Stich lassen wird, ist ebenso sicher und so ist spätestens für Sonntag der Ausbruch eines neuen, diesmal noch weitaus heftigeren Kampfs zu erwarten.

Wenn er nicht schon früher anhebt, so ist dies nur der Selbstmord der Beamten zu verdanken, die gegenüber einer wahnwitzigen Provokationspolitik der Regierung standhalten. Die Bekanntmachung des Disziplinarverfahrens am Vorabend des 1. Mai rief begreiflicherweise Demonstrationen hervor. Im Zentraltelegraphenamte, dessen Beamte nebst den Postarbeitern die Vorkämpfer im ersten Streik waren, waren rote Heftenroten, das revolutionäre Abzeichen der französischen Arbeiter, auf den meisten Köden und Blusen zu sehen und wiederholt wurde die „Internationale“ gesungen. Aber die Rundgebung beschränkte sich darauf und weder wurde der Dienst unterbrochen, noch Vorgesetzte beschimpft oder bedroht. Trotzdem wurde noch an demselben Abend acht Beamten die Suspendierung bekannt gegeben, und zwar mit der unwahren Berufung auf Injurien und Bedrohung. Dabei wurden Beamte von der Verfügung getroffen, die sich an der Demonstration gar nicht beteiligt hatten, aber wohl noch vom Streik her bei den Chefs schlecht angeschrieben waren. Wie das Einschreiten gegen die Sieben, so ist auch die Suspendierung der Acht eine schlecht verhüllte Rache für den Streik, ein wortbrüchiges Umgehen des Versprechens, keine Maßregelungen Ausständiger vorzunehmen.

Und nun regnet es förmlich Dienstenthebungen. So ist der Postbeamte Chastanet, einer der vor den Disziplinarat Bezogenen, wegen seiner Rede am 1. Mai in der Arbeitsbörse, ein Briefträger des Zentraltelegraphenamts wegen verschiedener „Rufe“ und Singens der „Internationale“ am 1. Mai suspendiert worden. Bei der Postarbeiterchaft sind wegen Feiern am 1. Mai schon über 40 vom Dienst entbunden. Zur weiteren Erregung tragen die von den offiziellen Nachrichtsbureaus in Umlauf gesetzten Lügennachrichten bei, wie die von einer Sabotage der Telephonleitung, die hernach widerrufen werden mußte, aber ihre provokatorische Rolle auf alle Fälle gespielt hat.

Was soll nun werden? Vermutlich hat die Regierung davon so wenig eine Ahnung wie die übrige Welt. Daß die mit solcher Ostentation verbreiteten Meldungen über die Sicherung drahtloser Telegraphenverbindungen — unter den dazu verwendeten Schiffen befinden sich die Träger der stolzen Namen „Liberté“ und „Democratie“ — die Telegraphenbeamten schrecken werden, kann sie selbst nicht glauben. Mit den Kriegsschiffen allein kann sie den Streik nicht brechen. Will sie den Versuch dazu machen,

Entseht sperrte Ragnar Breim Mund und Augen auf. „Willst du wirklich . . . willst du das eintreiben, was ich dir schulde?“

„Ja — auch das.“ Ragnar Breim schwieg und sah sich langsam um. Nach einer Weile schlossen die Augen sich halb, und der Körper wurde schlaff.

Eilert Stange sagte von seinem Stuhle aus: „Ich sehe mich über den Skandal hinweg, wenn das erforderlich ist! Ein so empfindlicher Burche wie du kann keinen Skandal vertragen.“

„Warte wenigstens ein paar Monate.“

„Nein — vier Tage.“

Eilert Stange ergriff die Feder, ging hin und schob sie ihm in die Hand. Und Ragnar Breim setzte sich und schrieb nach Diktat die fünf, sechs Zeilen. Darin suchte er um seinen Abschied nach und bat, man möge ihn von seiner Stellung entbinden, damit er aus Gesundheitsrücksichten und auf Verordnung des Arztes eine Reise nach dem Süden zwecks Wiedererlangung seiner Kräfte antreten könne.

Dann legte Eilert Stange den Umschlag vor ihn hin, und darauf wurde geschrieben: „An die Direktion der Aktienbank.“

Da ließ Ragnar Breim die Feder fallen und legte sich über das Bußt und weinte. Eilert Stange las das Ganze durch, schob den Bogen in den Umschlag und steckte ihn in die Tasche. Alles mit einer schleppenden Miene.

„Ich werde es besorgen. — Gm. Du verspricht also, im Laufe von vier Tagen zu reisen.“

Er wartete einige Augenblicke, während er nachdachte, ob er auch noch etwas vergessen habe.

„Ja, meine Adresse kennst du . . . Adieu Ragnar Breim.“

Und dann ging er, ohne ihm einen Blick zuzuwenden. Aber als er die Tür öffnete, stand die Dunkelheit wie eine Mauer da draußen. Er kehrte um, nahm die Streichhölzer vom Tisch, ging wieder hinaus, und schloß die Tür hinter sich, streich ein Streichholz an und wanderte langsam die Treppe hinab.

(Fortsetzung folgt.)

wird sie den Terrorismus gegen die ganze Arbeiterklasse proklamieren müssen. Die großkapitalistischen Blätter reden ihr mit allen Kräften zu. Sie wissen, daß die entsehten Wogen der Reaktion auch die radikale Regierung selbst hinwegschwemmen und damit auch jede Gefahr beseitigen würden, die Hundertmillionendiebstahl in der Marine verfolgt und ihre künftige Fortsetzung verhindert zu sehen. Die Aussicht aber, von der Regierungskrippe wieder für lange verdrängt zu werden, macht nun doch viele Radikale bedenklich. Jedenfalls hat in der wieder zusammen tretenden Kammer das Ministerium einen Ansturm von allen Seiten zu erwarten. Wenn es auch weiter fortbleiben wird, so nur darum, weil die Situation so furchtbar verfahren ist, daß keine Partei es auf sich nehmen will, den Ausweg zu suchen.

Es scheint, daß Frankreich und im besonderen die französische Arbeiterklasse, schweren Tagen entgegen geht. Die radikale Demokratie hat abgewirtschaftet, sie hat ihre Unfähigkeit zu sozialen Reformen, ja auch nur zur Demokratisierung der Verwaltung offenbar gemacht und eine Krise heraufbeschworen, die selbst den Fortgang des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses schwer bedroht. Um so schmerzlicher ist in einem solchen Augenblick die Erkenntnis, daß das französische Proletariat, trotz seiner glänzenden Energien, trotz Begeisterung und Opfermut zur entscheidenden Tat nicht vorbereitet ist, weil im Hin- und Herschwanke zwischen anarchistischer Gefühlspolitik und Triolaldemokratie, über doktrinärem Syndikalismus und „insurrektioneller“ Demagogie die Organisation einer mächtigen, zur Eroberung des bürgerlichen Staats und planvollen Durchführung eines sozialistischen Programms geschulten Kampfarmee stark zurückgeblieben ist.

Sozialistische Politik.

Wenn in den politischen Debatten, wie neulich in den Debatten über die auswärtige Politik, die sozialistischen und die bürgerlichen Wortführer einander gegenüberstehen, liegt der Unterschied ihrer Haltung nicht bloß darin, daß die einen die Interessen der Arbeiter, die anderen die der Bourgeoisie vertreten. Sie unterscheiden sich auch darin, daß die bürgerliche Politik eine kopflose Politik ist, die vom Augenblick lebt und sich vom Strom treiben läßt, während die sozialistische Politik ihre Kraft in der bewußten Verfolgung eines entfernten großen Zieles findet.

Während des ganzen Zeitalters der Warenproduktion fehlte es der Gesellschaft an Einsicht in ihre eigene Natur. Die einzelnen Menschen produzierten und handelten, wie ihr Trieb zum Leben unter den vorhandenen Bedingungen es mit sich brachte. Aber das Resultat aller dieser Handlungen, das gesellschaftliche Ganze, lag außerhalb ihres Gesichtskreises. Daher stritten sie die gesellschaftlichen Kräfte und Wirkungen an, als kämen diese aus übernatürlichen Regionen, als hätten mächtige Götter oder Teufel die Hand im Spiel. Daher wirkten die gesellschaftlichen Kräfte in derselben Weise, als wären sie blinde Naturkräfte. Sie setzten sich zwar aus den Taten der einzelnen Menschen zusammen, aber deren Gesamtergebnis entzog sich dem Willen und der Einsicht dieser einzelnen.

Ähnlich wie bei einem Theaterfeuer, weil jeder nur an die Rettung des eigenen Lebens denkt, die Ausgänge gesperrt und viele Menschen zertreten werden; ähnlich wirkt die blinde Furcht vor dem wirtschaftlichen Untergang in gesellschaftlichen Leben. Im wilden Konkurrenzkampf sucht jeder seinen Lebensunterhalt besser und sicherer zu gestalten; das beabsichtigte Resultat wird nur von wenigen erreicht, während das wirkliche gesellschaftliche Resultat, das Wachstum der Produktivität der Arbeit und der Organisation der Produktion von keinem beabsichtigt war.

Man hat die Gesellschaft oft mit einem Organismus, z. B. mit einem tierischen Körper verglichen, dessen Lebensprozess sich in der Produktion und der Konsumtion abspielt. Alle seine Glieder und Zellen, die einzelnen Menschen und Menschengruppen, wirken dahin zusammen; das Ganze all ihrer Einzelheiten bildet das gesellschaftliche Leben. Aber diesem Organismus fehlt das Bewußtsein, die Zentralleitung. Wie bei einem niederen Tier oder einer Pflanze bewegen und handeln all diese Zellen und Körperteile unter dem Einflusse der sie unmittelbar berührenden Reize ihrer Umgebung; die Einzelmenschen und Gruppen handeln nach ihrem unmittelbaren, augenfälligen Interesse. Kein Zentralbewußtsein ordnet und regelt ihre Handlungen nach einem einheitlichen bestimmten Plan. Bei den höheren Tieren und vor allem im menschlichen Körper sammelt das Gehirn alle Reize, die überall auf die einzelnen Teile wirken; es ordnet sie, verbindet und vergleicht sie und schließlich daraus auf die Handlungen, die jedes einzelne Körperteil im Interesse des Ganzen auszuführen hat. Diese Stufe wird vom gesellschaftlichen Organismus erst mit der bewußten Regelung der Produktion, also mit dem Sozialismus, erreicht.

Wenn wir also von dem Kapitalismus als von einer kopflosen Wirtschaft reden, hat das noch einen anderen Sinn als daß sie unvernünftig und ohne Leitung drauflos produziert. Es bedeutet, daß die Gesellschaft als Organismus ein Organismus ohne Bewußtsein, ohne Gehirn ist.

Indem die Menschen sich der Gesche ihrer eignen Wirtschaft bewußt werden, erwacht das gesellschaftliche Bewußtsein. Seinen Inhalt bildet also die Wissenschaft der Gesellschaft, die sozialistische Theorie. Zuerst hat diese Wissenschaft in den Köpfen einiger Menschen aufgeleuchtet; dann hat sie sich in immer weiteren Kreisen verbreitet. Aber erst, wenn diese Erkenntnis in der ausschlaggebenden Masse des Volkes lebt, ist sie zum wirklichen Weltbewußtsein geworden; erst dann kann man sagen, daß die Gesellschaft ihr eigenes Wesen durchschaut. Dann erst wird sie imstande sein, diese Einsicht zur bewußten Regelung der Produktion anzuwenden; damit unterwirft sie die Bewegungen jedes ihrer Teile ihrem bewußten vorausblickenden, gesellschaftlichen Willen; damit wird sie zu einem selbstbewußten Organismus.

Wir stehen jetzt mitten in dem Werbeprozess dieses Weltbewußtseins. Denn er ist nichts anderes als die Bewußtwerdung des Proletariats und sein Kampf um die Macht. Das Proletariat ist und wird immer mehr die ausschlaggebende Masse des Volkes, in der diese klare Einsicht in das Wesen der Gesellschaft emporkommt. Das Proletariat ist die Klasse, die diese Wissenschaft anwenden und die gesellschaftliche Produktion organisieren will. Es

kann das nur in solcher Weise, daß es zuerst die Hemmnisse wegräumt, die ihm dabei im Wege stehen, also die politische Herrschaft der Bourgeoisie bricht. Die Eroberung der politischen Gewalt ist die Vorbedingung zur Organisation der Produktion; der politische Kampf ist die erste Anwendung der Wissenschaft der Gesellschaft, der sozialistischen Theorie.

Für die Politik gilt dasselbe, was oben für die unmittelbare Produktionstätigkeit der Menschen ausgesprochen wurde, mit dem einzigen Unterschied, daß hier Klassen statt Individuen auftreten. Die Klassen kämpfen miteinander, indem sie sich von ihren unmittelbaren Interessen treiben lassen. So wie ihre Wirtschaft ist auch ihre Politik, die die allgemeinen Bedingungen der Wirtschaft herstellt, kopflos, ohne Bewußtsein der Ursachen, ohne Voraussehen der Zukunft. Sie wird von dem unmittelbaren spontanen Trieb, nicht von einer weitblickenden Vernunft beherrscht. Die gewaltigen Kräfte, die da miteinander ringen, sind wie unbewußte Naturkräfte, die den unmittelbaren äußeren Einwirkungen entspringen. Die bürgerliche Politik ist Betätigung des Willens, aber keine Anwendung der Wissenschaft.

Der Marxismus hat der Politik einen neuen Charakter gegeben. Für das Proletariat ist sie nicht nur Betätigung seines Willens, sondern zugleich die Anwendung seiner Wissenschaft. Sein Willen wird nicht nur durch die unmittelbaren Einwirkungen, sondern durch die Einsicht in die ferneren Zusammenhänge bestimmt. Wie in der Produktion die Technik die angewandte Wissenschaft ist, so ist die Politik für das Proletariat zur Technik der Gesellschaft geworden. Mit Hilfe der Wissenschaft zwingt es die gewaltigen, oft verheerenden Kräfte, die die gesellschaftliche Entwicklung hervorbringt, in den Dienst seiner großen Ziele. In seiner Politik baut das Proletariat bewußt, mit Vorausbestimmung des Erfolges, an seiner Zukunftsgesellschaft.

Neue Anleihen des Reiches und Preußens.

Die Reichsregierung und die preussische Regierung kündigen an, daß sie demnächst neue Anleihen an den Markt bringen werden. Es werden gebraucht für das Reich 320 Mill. Mark, für Preußen 480 Mill. Mark. Eigenartig ist, daß diese 800 Millionen nicht zu einem einheitlichen Zinsfuß begeben werden sollen, sondern die Hälfte zu 3½ und die Hälfte zu 4 Prozent. Das ist ein Novum, denn bisher ist es kaum jemals vorgekommen, daß ein Staat zu gleicher Zeit Anleihen gegen verschiedene Verzinsung aufnimmt. Von der Börse spottet man: „Salb und halb Nuppe mit Pomeranzen.“ Der Wit ist bissig und trifft ins Schwarze. Statt auf Grund genauer Kenntnis des Marktes dem Kapital die Bedingungen zu diktieren, macht die Regierung es wie der Destillationshändler und mischt zusammen, wie's trifft. Zur Entschuldigung gleichsam wird in der Presse auseinandergelegt, es handle sich um ein Kompromiß: die Regierung wollte eine Anleihe mit 3½ Prozent, die Direktoren der Banken, die die Anleihe emittieren sollen, erklärten sich dagegen für 4 Prozent, da hat man sich denn wie beim Kuhhandel geeinigt.

Bei der verschiedenen Verzinsung werden natürlich die Emissionen verschieden sein: für die Schuldscheine, die mit 4 Prozent verzinst werden, werden die Käufer 102,70 für 100 zahlen, für die 3½prozentigen Scheine 95,60 für 100. Die tatsächliche Verzinsung ist im ersten Falle 3,89 Prozent, im zweiten Falle 3,66 Prozent. Auf der andern Seite müssen aber die Käufer des vierprozentigen Papiers damit rechnen, daß eine Konversion eintritt: die Anleihe ist unfündbar bis 1918, dann aber können das Reich und Preußen den Zins herabsetzen; geht der Inhaber des Papiers nicht darauf ein, so kann er Rückzahlung verlangen, verliert dann aber 2,70 Prozent vom Kapital, denn er kauft mit 102,70 für 100, bekommt aber nur den Nennwert zurück. Auf der andern Seite haben die Käufer des 3½prozentigen Papiers Aussicht, daß der Kurs steigen kann: sie kaufen mit 95,60 für 100 und können vielleicht später das Papier mit 98 bis 97 für 100 verkaufen, während bei dem vierprozentigen Papier ein weiteres Steigen des Kurses nicht wahrscheinlich ist. Auf diese Weise animiert aber die Regierung geradezu zur Spekulation, es ist, als wolle man die deutschen Anleihen mit Gewalt zu Spekulationspapieren und nicht zu Anlagepapieren machen.

Aber noch befremdender als diese sonderbare Mischung ist, daß man überhaupt seitens der Regierung sich auf vierprozentige Papiere eingelassen hat. Miquel, an dessen Finanzverwaltung man nicht gerade mit Wonne jurisch denkt, hat immerhin ein starkes Verdienst sich erworben, als er 1897 Konversion vornahm: statt 4 Prozent bekamen die Gläubiger des Reiches und Preußens 3½ Prozent und waren es zufrieden. Das ermöglichte dann, weitere Anleihen zu 3 Prozent aufzunehmen. Erst als der letzte wirtschaftliche Aufschwung begann und der Zinsfuß allgemein in die Höhe ging, mußten bei den abermaligen neuen Anleihen 3½ Prozent bewilligt werden. Im Jahre 1907 schließlich, als der Zinsfuß ganz außerordentlich hoch war, und das Reich und Preußen trotzdem infolge der stabilen Finanzwirtschaft gezwungen wurde, neue Anleihen aufzunehmen, wurden vierprozentige Schatzanweisungen im Betrage von 400 Mill. Mark (200 Millionen für das Reich und 200 Millionen für Preußen) ausgegeben, aber auf kurze Zeit, bis 1. Juli 1912. Dann kam im Januar 1908 eine Anleihe Preußens, bei der der Zinsfuß automatisch fallen soll: bis 1918 vier Prozent, dann bis 1923 3½ Prozent und von da an 3½ Prozent. Im April 1908 war man dann glücklich wieder bei dem vierprozentigen Zinsfuß angelangt, indem 250 Mill. Mark Reichsanleihe und 400 Millionen preussische Anleihe zu diesem Zinsfuß aufgenommen wurden. Jetzt sind die Zeiten des hohen Zinsfußes für das Privatkapital längst vorüber, die Industrieuntergesellschaften bekommen Geld mit 4 Prozent auf Obligationen gestrichen, der Privatdiskont ist auf 1½ Prozent gesunken, aber das Reich und Preußen bewilligen abermals 4 Prozent.

Die Entschuldigung klingt schlimmer, als die Tatsache selbst: die Bankdirektoren wollen nicht anders! Ist es wirklich schon so weit, daß die Bankdirektoren mit der Regierung Schindluder treiben und unerhörte Bedingungen diktieren können? Die selben Bankdirektoren, die dem Publikum oberfaule russische Eisenbahnobligationen anhängen zu Bedingungen, die für die russische Regierung